

Geschlecht Bildung Profession 2019

Gesprächsreihe zu
Genderfragen
in pädagogischen
Berufen

20. Juni 2019
Leonhard Schulhaus, Basel
19 – 21 Uhr

Lehrerinnen mach(t)en Politik

Referat von Dr. Elisabeth Joris, Historikerin

Anschliessend Podiumsdiskussion
mit Dr. Ariane Bürgin, Dr. Arlette Schnyder
und Prof. Dr. Andrea Bertschi-Kaufmann

Geschlecht Bildung Profession 2019

Gesprächsreihe zu
Genderfragen
in pädagogischen
Berufen

Die Pädagogische Hochschule FHNW stellt aktuelle Forschungsergebnisse und praktische Herausforderungen zu Genderfragen im Berufs- und Ausbildungsalltag zur Debatte. Gäste aus Wissenschaft, Berufspraxis, Politik und Verwaltung diskutieren über Geschlechterungleichheiten und ziehen daraus Schlüsse für die Professionsentwicklung.

Donnerstag, 20. Juni 2019

19–21 Uhr

Leonhard Schulhaus (Aula)
Leonhardsstrasse 15, Basel

Lehrerinnen mach(t)en Politik

Dr. Elisabeth Joris

Historikerin mit Forschungsschwerpunkt Geschlechtergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Vor 60 Jahren streikten die Lehrerinnen des Mädchengymnasiums Basel – aus Protest gegen ein erneutes Abstimmungs-Nein zum Frauenstimmrecht. In der Geschichte mischten sich Pädagoginnen immer wieder über den bildungspolitischen Rahmen hinaus in das öffentliche Geschehen ein und machten als aktive Staatsbürgerinnen Politik.

Podiumsdiskussion

Was bewegt Lehrerinnen politisch und welchen Einfluss hat das zur jeweiligen Zeit auf die Entwicklung der Schule?

Dr. Ariane Bürgin

des. Leiterin Hochschulen,
Erziehungsdepartement Basel-Stadt

Dr. Arlette Schnyder

Historikerin, Konrektorin Gymnasium
Leonhard, Basel

Prof. Dr. Andrea Bertschi-Kaufmann

ehem. Leiterin Institut Forschung und
Entwicklung Pädagogische Hochschule
FHNW

Moderation:

Cornelia Kazis

Zum Abschluss findet ein Ausklingen
mit Getränken statt.

Ihre Anmeldung über die Website
erleichtert unsere Planung:

fhnw.ch/ph/gbp

Kontakt: diversity.ph@fhnw.ch

Geschlecht Bildung Profession

Gesprächsreihe zu Genderfragen in pädagogischen Berufen

Donnerstag, 20. Juni 2019, 19 – 21 Uhr
Gymnasium Leonhard, Basel

Referat von Dr. Elisabeth Joris

Lehrerinnen mach(t)en Politik

Gesellschaftspolitische Partizipation an der Schnittstelle zwischen Staatsbürgerschaft, Zivilstand und Berufsidentität seit dem 19. Jahrhundert

Der landesweite Frauenstreik von 1991 erlebt unter verändertem gesellschaftspolitischem Umfeld am 14. Juni 2019 ein Revival. Aber wie die Erstauflage versteht sich auch der diesjährige Streik als eine politische Manifestation, die Gleichstellung auf allen Ebenen der Gesellschaft einfordert. Was jedoch weitgehend zu vergessen droht, ist, dass Basler Lehrerinnen als erste mit einem politisch motivierten Streik die fehlende rechtliche Gleichstellung anprangerten. Nachdem die Schweizer Männer am 1. Februar 1959 mit einer Zweidrittelmehrheit und die Männer von Basel-Stadt – wenn auch mit 53.2 Prozent weit knapper – das Frauenstimmrecht an der Urne verworfen hatten, streikten die Lehrerinnen des Mädchengymnasiums Leonhard am darauffolgenden Dienstag fast geschlossen aus Protest gegen dieses Votum: ein politischer Streik. Während die Inspektion des Mädchengymnasiums und der Rektor Verständnis für die Aktion zeigten, verurteilte der Gesamtregerungsrat den Streik auf schärfste. Die Reaktionen der Öffentlichkeit waren zwar überwiegend zustimmend, doch auch sie reichten von enthusiastischer Sympathiekundgebung bis zur moralischen Entrüstung.

Dass ausgerechnet Lehrerinnen als erste zu einem politischen Streik aufrufen, verwundert nicht, da Lehrerinnen aller Stufen sich seit den Anfängen des liberalen Bundesstaates als politisch aktive Staatsbürgerinnen verstanden. Über ihren erzieherischen Einfluss auf die männliche und weibliche Jugend partizipierten sie an der Ausgestaltung der Gesellschaft. Da eine Heirat in der Regel den Verlust einer festen Anstellung implizierte, waren sie mehrheitlich ledig, erfüllten die gleichen beruflichen Aufgaben wie ihre männlichen Kollegen und hatten – obwohl von der männlichen Öffentlichkeit bewusst übersehen – auch private Sorgepflichten. Umso deutlicher empfanden Lehrerinnen die rechtliche, politische, ausbildungs- und lohnmassige Diskriminierung als besonders stossend. Mit Aufrufen und Schriften sowie als Mitglied spezifischer Vereine und Bürgerinnen nahmen sie im 19. und 20. Jahrhundert dagegen Stellung. Gleichzeitig mischten sie sich über den engeren bildungspolitischen Rahmen hinaus ins öffentliche Geschehen ein – machten Politik, gerade auch in der Nordwestschweiz.

Im Kontext der liberalen Aufbruchphase der 1840er Jahre und des Sonderbundskriegs bildete die Pädagogin Josephine Stadlin im Auftrag des radikalliberalen Aargauer Seminardirektors und Bildungspolitikers Augustin Keller in ihrem Privatinstitut Olsberg nahe Rheinfelden junge Frauen zu Lehrerinnen aus, mit der klaren politischen Zielsetzung, den Einfluss von Kirche und katholischen Nonnen auf Kinder und Jugendliche einzuschränken. Das Institut verstand sich als «Republik», in der Lehrerinnen, Lehramtskandidatinnen und Schülerinnen in wöchentlichen Zusammenkünften schulinterne Fragen diskutierten. Stadlin forderte mit der Gründung der Zeitschrift «Die Erzieherin» und eines ersten Lehrerinnen- und Erzieherinnenvereins die Anerkennung der spezifischen staatsbürgerlichen Rolle der Frauen ein, das Recht auf Ausbildung und

Berufsausübung. Dabei vernetzte sich mit der über Grenzen hinweg mit Lehrerinnen der 1848er Bewegung im gesamten deutschsprachigen Europa, nutzte ihr Beziehungen zu bekannten Politiker, um die verfassungsmässige Verankerung der Lehrerinnenbildung auf die politische Traktandenliste zu setzen.

Auch andere Frauen, wie Stadlins Tante Elise Ruepp-Uttinger in Sarmenstorf (Freiamt/AG) oder später auch Augustin Kellers Tochter Gertrud Villiger-Keller versuchten mit ihrem spezifischen Engagement zur Ausbildung weiblicher Lehrkräfte ein Gegengewicht zum kirchlichen Einfluss in der Schule zu schaffen, doch im Gegensatz zu Josephine Stadlin waren sie bezüglich der gesellschaftspolitischen Stellung der Frauen weit zurückhaltender. Stadlin nahm vielmehr die Haltung der sich seit der Wende zum 20. Jahrhundert organisierenden Frauenrechtlerinnen voraus. Zu diesen zählten nicht wenige Lehrerinnen.

In der Zwischenkriegszeit zeigten sich insbesondere Lehrerinnen am Mädchengymnasium in Basel als unerschrocken politisch agierende Zeitgenossinnen: so beispielsweise Rosa Göttisheim und Georgine Gerhard als Vertreterinnen berufsspezifischer Interessen, als Frauenrechtlerinnen und als gemeinnützig engagierte Antifaschistinnen. Göttisheim war 1916 Mitbegründerin der Vereinigung für das Frauenstimmrecht Basel, von 1924 bis 1935 Zentralpräsidentin des Schweizerischen Lehrerinnenvereins. Im Zweiten Weltkrieg war sie in der Flüchtlingshilfe tätig, leitete eine Abteilung zur Kriegsschädenfürsorge. Gleichzeitig vertrat sie die sozialistischen Kirchgenossinnen und -genossen in der Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Basel. Zusammen mit Georgine Gerhard veröffentlichte sie 1933 die Jubiläumsschrift *40 Jahre Schweizerischer Lehrerinnenverein*. Gerhard ihrerseits hatte bereits 1928 in der Publikation *Die Lehrerinnenverhältnisse in der Schweiz* die geschlechtsspezifische Diskriminierung der Lehrerinnen analysiert. Als Pazifistin und Vertreterin des religiösen Sozialismus im Gefolge von Leonhard Ragaz war sie Mitglied der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF, englisch WILPF) und initiierte ab 1933 verschiedene Hilfswerke für Emigrantenkinder. Sie nutzte ihr internationales Netzwerk und wurde beim Bundesrat und dem berüchtigten Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei, Heinrich Rothmund, vorstellig, um insbesondere jüdische Flüchtlingskinder zu retten.

Nicht minder unerschrocken und politisch aktiv zeigte sich in der Nachkriegszeit die Basler Lehrerin Rut Keiser, Frauenrechtlerin, Historikerin und Konrektorin am Mädchengymnasium. Um die fünfzig Lehrerinnen und siebenzig Lehrer unterrichteten die rund 1700 Schülerinnen. Von diesem Verdikt auch in ihrer Würde als Person verletzt, weigerte sich Keiser, nach dem negativen Abstimmungsvotum der Männer vom 1. Februar 1959 einfach zur Tagesordnung überzugehen und rief diesen ersten politischen Frauenstreik aus, den 46 der fünfzig Lehrerinnen befürworteten. Der Streik geriet für viele der rund 1700 Schülerinnen zu einem politischen Urerlebnis von langfristiger Wirkung.

Seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 auf eidgenössischer Ebene konnten Frauen endlich auch direkt politisch intervenieren, so mit der Lancierung der Initiative, die 1981 zur Verankerung der Gleichstellung in der Verfassung führte. Erst seitdem sind nun Lehrerinnen in allen Kantonen formal männlichen Kollegen gleichgestellt, ist das «Heiratsverbot» Geschichte. In der Folge hat sich auch der Lehrerinnenverein zu Gunsten des neuen Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz aufgelöst. Mit der Ausbildung auf der tertiären Stufe erfuhr der Beruf und damit der Status der Lehrerin zudem eine Aufwertung, aber wegen pejorativ konnotierten Sprechens über die sogenannte Feminisierung der Schule ebenso eine Abwertung. Trotz gleichem Zugang zum Lehrberuf sind es – wie auf allen Ebenen der ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit – vorwiegend Frauen mit Kindern, die sich Fragen stellen, wie die Vereinbarkeit von familialen Betreuungspflichten und Berufstätigkeit zu vereinbaren sind. Aus eben diesem Grund ist

zum einen der Lehrerinnenberuf wegen der Arbeits- und Ferienzeiten für Frauen attraktiv, zum anderen teilszeitliche Berufstätigkeit von Lehrerinnen sehr häufig. Heute ist der Lehrberuf vorwiegend ein Frauenberuf, was Primarlehrerinnen und Kindergärtnerinnen im Aargau bewog, 2012 ein Verfahren wegen Lohndiskriminierung im Vergleich zu Verwaltungsangestellten einzuleiten. Es zog sich über verschiedenen Ebenen bis in Jahr 2017 hin und endete für die Kindergärtnerinnen mit einem positiven Resultat, nicht aber für die Aargauer Primarlehrerinnen, deren Beschwerde in letzter Instanz vom Bundesgericht abgelehnt wurde.

Wie dieses Verfahren und die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, ist die Berufsidentität der Lehrerinnen auch weiterhin gesellschaftspolitisch bedingt, mit ein Grund, dass nicht wenige Lehrerinnen aller Stufen auch dieses Jahr wieder am Frauenstreik partizipieren werden. Es wird sich zeigen, ob diese Beteiligung ihnen wie beim Frauenstreik von 1991 je nach Kanton eine politische Rüge oder gar eine Lohnkürzung einbringt – damals legitimiert unter anderem mit dem Hinweis, dass Lehrkräfte dem politischen Neutralitätspostulat verpflichtet seien. Es ist zu fragen, inwiefern das neu lancierte parteipolitisch aufgeladene Reden über die Rolle der Lehrkräfte geschlechterspezifisch konnotiert ist und sich daher auf die zukünftige gesellschaftliche Stellung der Lehrerinnen und des Lehrberufs im Allgemeinen auswirken wird. Zudem stellt sich die Frage, ob nicht gerade wegen des hohen Anteils an Frauen in der Volksschule, der Schule weitere gesellschaftspolitische Integrationsaufgaben überwiesen werden, da ja *Care*, die Sorgen für die anderen, weiterhin als typisch weibliche Aufgabe definiert wird und gerade deshalb auf geringe öffentliche und ebenso geringe lohnwirksame Anerkennung zählen kann. Da vorwiegende weibliche Lehrpersonen und in deren Ausbildung tätige Dozentinnen diese Fragen öffentlich zur Diskussion stellen, zeigt, dass sich Lehrerinnen auch im 21. Jahrhundert gesellschaftspolitisch einbringen: Politik machen.

Elisabeth Joris, Zürich, 25.03.2019